

SPD demokratischer pressediens

P. XXV, 202

26. Oktober 1970

Die internationalen Organisationen und die DDR

Ein notwendiges Wort zur politischen Sachlage

Von Joachim Raffert SPD-MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Mitglied des Rates der Interparlamentarischen Union

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

Die Stimme unserer Frauen wird lauter

Gleichberechtigung auch in der Bildung
wird zu einem Muß

Seite 3 / 33 Zeilen

Der Bundeswehr-Offizier von morgen

Helmut Schmidts Reformpläne für Bildung
und Ausbildung

Seite 4 / 53 Zeilen

Kulturabkommen mit Zypern

Makarios unterstützt Willy Brandts Ostpolitik

Seite 5 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 35
Telefax: 22 84 600 3477
200548 PPD D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die internationalen Organisationen und die DDR

Ein notwendiges Wort zur politischen Sachlage

Von Joachim Raffert SPD-MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und

Mitglied des Rates der Interparlamentarischen Union

Auf der Tagesordnung der Konferenzen oder Generalversammlungen internationaler Organisationen steht zur Zeit immer wieder das Ersuchen der DDR um Aufnahme. Erfolg hatten diese Bemühungen bisher jedoch nicht. Das gilt insbesondere für die UNESCO und für die Interparlamentarische Union, die kürzlich in Den Haag den Aufnahmeantrag Ostberlins für ein weiteres Jahr vertagte.

Die Vertreter der Bundesrepublik - Politiker wie Beamte - haben sich bisher nicht in der Lage gesehen, für eine Aufnahme der DDR zu stimmen. Oft waren und sind die Gründe dafür aus den Statuten der jeweiligen Organisation zwingend geboten. Es wäre aber falsch, wenn die Bundesrepublik und ihre Sprecher sich nur auf Satzungen und ihre Paragraphen berufen könnten und würden. Im Grundsatz muß die Bundesrepublik dafür eintreten, daß internationale Organisationen wie die JNO, die UNESCO, die IPU oder die Internationale Atomenergieorganisation und andere Repräsentanten aus allen Ländern der Erde umfassen; bei der Interparlamentarischen Union muß sich das selbstverständlich auf diejenigen Staaten beschränken, die ein funktionsfähiges Parlament besitzen. Der Aufnahme der DDR stehen jedoch zur Zeit aus der Sicht Bonns noch massive Gründe entgegen.

Durch den Vertrag von Moskau ist eine Veränderung der Lage in Europa in Richtung auf Entspannung eingeleitet worden. Aber dieser Vertrag wird nur als ein erster Schritt angesehen, und zwar von beiden Seiten. Im "Bahr-Papier" ist festgehalten worden, daß der Moskauer-Vertrag und "entsprechende Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen sozialistischen Ländern insbesondere die Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ein einheitliches Ganzes bilden."

Die Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen stehen vor ihrem Abschluß. Die Sondierungsgespräche in Prag haben begonnen. Von Seiten der DDR hat es dagegen seit dem 12. August, dem Datum der Unterzeichnung in Moskau, keine erkennbare Bereitschaft zu

fruchtbaren Gesprächen oder gar Verhandlungen gegeben.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, "ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen", zu gestalten.

Bonn und Moskau haben auch ihre Bereitschaft bekundet, "im Zuge der Entspannung in Europa und im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Schritte zu unternehmen, die sich aus ihrer entsprechenden Stellung ergeben, um den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Organisation der Vereinten Nationen und zu deren Sonderorganisationen zu fördern". Auch dazu steht die Regierung Brandt/Scheel, und alle Behauptungen im "Neuen Deutschland" und an anderer Stelle, es gebe eine "Scheel-Doktrin der weiteren Diskriminierung der DDR" sind abwegig.

Aus dem Moskauer Verhandlungsergebnis ist jedoch klar zu sehen, daß Bonn einer Aufnahme der DDR in weitere internationale Organisationen erst zustimmen kann, wenn die Verträge mit der UdSSR, Polen, und der CSSR sowie eine Vereinbarung mit der DDR vorliegen. Das war auch offenbar der Standpunkt Ulbrichts, dessen dem Bundespräsidenten übersandten Vertragsentwurf einen besonderen Artikel über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu internationalen Organisationen enthielt. Die Einigung zwischen Bonn und Ostberlin, in welcher Form sie auch eines Tages fixiert sein wird, ist also eine Voraussetzung für eine positive Stellungnahme der Bundesrepublik gegenüber Aufnahmeanträgen der DDR.

Diese Feststellung ist ein nicht mißzuverstehender Hinweis darauf, daß der Moskauer Vertrag tatsächlich nur als ein Anfang zu betrachten ist.

Die Stimme unserer Frauen wird lauter

Gleichberechtigung auch in der Bildung wird zu einem Muß

Die Stimme der Frauen wird lauter und deutlicher. Der Nürnberger Bundesfrauenkongreß der SPD ließ keinen Zweifel mehr daran, daß das Problem der Gleichberechtigung aus den hehren Worten des Grundgesetzes mit aller Energie in die Öffentlichkeit und in die konkrete Diskussion der Gesellschaft drängt. Der Artikel 3 unserer Verfassung, der die Benachteiligung irgendeiner Bevölkerungsgruppe verbietet, wird zu einem unüberhörbaren Postulat, an dem keiner mehr vorbei kann: Weder im täglichen Leben, noch am Arbeitsplatz, noch in der Schule.

Die sozialdemokratischen Frauen haben sich in Nürnberg in ihrem Kongreß, in dem sie die weite Skala ihrer Interessen angesprochen, bewußt auf den umfassenden Komplex der Bildung konzentriert. Die Bundesrepublik wird und muß diese schwierige, tiefgreifende und vorwärtsweisende Zentralaufgabe meistern, oder wir geben uns selbst auf. Das Klagen über die Versäumnisse von zwanzig Jahren christdemokratischer Herrschaft gerade auch in diesem existenziellen Bereich mögen notwendig sein, um jeden von uns daran zu erinnern, daß hier in einem Ausmaße an unserem Volk gesündigt worden ist, das unverantwortlich genannt werden muß. Aber Klagen hin und Klagen her: Es gehört zu den kardinalen Aufträgen an diese sozialliberale Bundesregierung, im weitgespannten Gebiet der Bildung jeder Art zu modernen und vernünftigen zukunfts-trächtigen Regelungen zu kommen, die unserem Rang als demokratischem Kulturvolk und vor allem den Forderungen unserer Kinder an uns, ihre Eltern, und an die Gesellschaft vollauf entsprechen. Ein integrierter Bestandteil dieses Bildungsproblems ist die Frage der Chancengleichheit: Für die Arbeitnehmer etwa und für die Frauen. Auch hier muß geredet und geordnet werden, und auch hier darf es kein Stückwerk mehr geben.

Das alles verlangt Umdenken, gewiß. Und es verlangt Zielbewußtsein, Mut und Geld. Aber die Weichen werden heute gestellt. Der Nürnberger Kongreß der sozialdemokratischen Frauen hat am Ernst der Lage keinen Zweifel mehr gelassen.

+ . - +

Der Bundeswehr-Offizier von morgen

Helmut Schmidts Reformpläne für Bildung und Ausbildung

Eine bessere Ausbildung unserer Soldaten ist nicht nur wegen ihrer sozialen Sicherstellung, sondern auch wegen der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr in der Zukunft unumgänglich. Und: Eine nur soldatische Ausbildung ist ausgeschlossen. So etwa umreißt Professor Dr. Thomas Ellwein, Leiter der Bildungskommission für die Bundeswehr, die "Ausbildung in der Bundeswehr in der Zukunft und für die Zukunft", über die er auf der Informationstagung der SPD in München berichtete.

Unmißverständlich werden jetzt die Weichen für eine Ausbildung gestellt, die mit der Vergangenheit kaum noch vergleichbar ist. Prof. Ellwein und seine Mitarbeiter wollen das Ausbildungssystem unserer Bundeswehr so weit wie möglich an das gesamte Schul- und Bildungswesen der Bundesrepublik anknüpfen. Es soll mit der Ausbildung auf den Hoch- und Fachschulen und in Industrie und Handel vergleichbar sein. Fortbildung soll sich unmittelbar an die eigentliche anhängen; auch für die Soldaten ist die Ausbildung also künftig ein lebenslanger Lernprozeß. Außerdem soll die Ausbildung so weit wie möglich für eine militärische wie für eine zivile Verwendung offen sein.

So viel Reform stößt natürlich auf Widerstand hier und da, doch ist sie unerlässlich. Ziemlich ausgereift sind schon heute die Vorstellungen über die künftige Ausbildung der Offiziere. Sie sollen aller Voraussicht nach im Regelfall 12 Jahre lang dienen. In den ersten beiden Jahren dieser Dienstzeit werden sie die Grundausbildung sowie die truppen- und waffenbezogene Ausbildung erhalten. Danach sollen sie ein Fachhochschulstudium absolvieren, das mit einem Diplom beendet wird; sie werden schwerpunktmäßig wohl naturwissenschaftliche Fächer hören, aber auch pädagogisch, gesellschaftswissenschaftlich und sozialpolitisch weitergebildet werden. In den Semesterferien steht für sie Dienst bei der Truppe auf dem Lehrplan. Die Fächer variieren selbstverständlich nach der für später vorgesehenen Verwendung.

Nach den ersten fünf Jahren sollen die künftigen Offiziere zwei Jahre etwa als stellv. Kompaniechefs Dienst tun und dann mindestens zum Major aufrücken können. Die Offiziere, die nach zwölf Jahren nicht ausscheiden, müssen dann noch ein Aufbaustudium oder längere Lehrgänge an einer Stabsakademie hinter sich bringen. Und wer in die obersten Ränge aufsteigen will, muß dann auch die Führungsakademie absolvieren. So ungefähr sieht das Modell aus, das die meisten Aussichten hat, verwirklicht zu werden.

Das wird natürlich nicht von heute auf morgen gelingen. Bis dahin muß geklärt werden, wie die bereits dienenden jüngeren Offiziere in diesem System eingebaut werden können, wie die Laufbahn der Fachoffiziere und der auch weiter benötigten kürzer dienenden Offiziere eingerichtet werden. Auch das Ausbildungssystem der Unteroffiziere - ein Name, der eines Tages wegfallen soll - muß ähnlich dem der Offiziere neu geordnet werden.

Bildung und Ausbildung der Soldaten insgesamt werden also erheblich verbessert. Das kostet, wie gesagt, noch viel Zeit und Arbeit. Die finanzielle Belastung ist nach Prof. Ellweins Worten nicht viel größer als heute. Doch wie auch immer: An einer Reform des Ausbildungssystems führt kein Weg vorbei.

Hartmut Miegel

Kulturabkommen mit Zypern

Makarios unterstützt Willy Brandts Ostpolitik

Mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Sigismund von Braun, wird zum erstenmal ein Mitglied einer Bundesregierung die Republik Zypern besuchen. Zweck dieser Reise zu Anfang November nach Nikosia ist ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Zypern, zu der die BRD bereits gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen unterhält.

Die politisch und geistig zum Westen gehörende Mittelmeerinsel, die seit 1960 eine unabhängige Republik ist und deren Präsident, Erzbischof Makarios, eine im Nahen Osten beruhigend wirkende Neutralitätspolitik betreibt, erhofft sich von der Bundesrepublik Unterstützung bei dem Bemühen, die Unabhängigkeit gegenüber den Athener Obristen und türkischen Ambitionen zu bewahren.

Seit der Reise des zypriotischen Ministerpräsidenten 1962 nach Bonn haben viele zypriotische Minister die Bundesrepublik besucht und entscheidend zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen beigetragen. Erzbischof Makarios, der sich bereits 1961 auf der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eingesetzt hatte, traf öffentlich für die Ostpolitik Willy Brandts ein, den er als einen der bestimmenden Faktoren der Weltpolitik würdigte. Die zypriotische Presse aller politischen Schattierungen interpretiert den Moskauer Vertrag als einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung und für den Frieden in Europa und der ganzen Welt. Zu der DDR-Regierung dagegen hat Zypern keine diplomatischen Beziehungen und ist, wie Erzbischof Makarios immer wieder betont, trotz der wiederholten Bemühungen Ostberlins nicht bereit, die DDR anzuerkennen.

Enge Bindungen hat die Republik Zypern zu Großbritannien aufgrund ihrer Commonwealth-Mitgliedschaft und zu Griechenland und der Türkei wegen ihrer Bevölkerungsstruktur, denn 82 vH. der zypriotischen Bevölkerung sind griechischer, und 18 vH. türkischer Abstammung. Trotzdem gelang es dem Ministerpräsidenten, in den großen Krisen im Dezember 1963 und im November 1967, die fast zu einem türkisch-griechischen Krieg geführt hätten, die Unabhängigkeit der drittgrößten Mittelmeerinsel zu erhalten.

Dr. Basil P. Mathiopoulos